



Niederschrift

19. Wahlperiode

Finanzausschuss

(14. Sitzung)

Innen- und Rechtsausschuss

(20. Sitzung)

Europaausschuss

(9. Sitzung)

am Montag, dem 15. Januar 2018, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

(öffentlicher Teil)

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	
Volker Nielsen (CDU)	
Ole-Christopher Plambeck (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Beate Raudies (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Lasse Petersdotter
Annabell Krämer (FDP)	
Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein (AfD)	i. V. v. Jörg Nobis
Lars Harms (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Barbara Ostmeier (CDU)	Vorsitzende
Tim Brockmann (CDU)	
Claus Christian Claussen (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Dr. Kai Dolgner (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	i. V. v. Kathrin Wagner-Bockey
Beate Raudies (SPD)	i. V. v. Stefan Weber
Aminata Touré (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Burkhard Peters
Jan-Marcus Rossa (FDP)	
Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein (AfD)	i. V. v. Claus Schaffer
Lars Harms (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Europaausschusses

Wolfgang Baasch (SPD)	Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	
Hartmut Hamerich (CDU)	
Volker Nielsen (CDU)	i. V. v. Peter Lehnert
Ole-Christopher Plambeck (CDU)	i. V. v. Tobias Loose
Bernd Heinemann (SPD)	
Regina Poersch (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Jörg Hansen (FDP)

i. V. von Stephan Holowaty

Volker Schnurrbusch (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Bernd Heinemann (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Tobias Koch (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/360	
	b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2018	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/361	
2.	Sachstandsbericht der Staatskanzlei zur Aufarbeitung der Verwendung von Fördergeldern beim Verband Deutscher Sinti und Roma e. V. - Landesverband Schleswig-Holstein	13
	vertraulicher Umdruck 19/396 (siehe vertraulichen Teil der Niederschrift)	
3.	Verschiedenes	14

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Rother, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/360](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2018

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/361](#)

Einzelplan 02 und Kapitel 12 02

Landesrechnungshof

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, führt in Einzelplan 02 ein (Anlage 1). Nachfragen des Finanzausschusses gibt es nicht.

(Unterbrechung von 10:10 bis 11:20 Uhr)

Einzelplan 03, Kapitel 12 03 und 16 03

Ministerpräsident, Staatskanzlei

[Umdruck 19/464](#)

Herr Schrödter, Chef der Staatskanzlei, führt in Einzelplan 03 ein. Kapitel 01 - Ministerpräsident, Staatskanzlei - umfasse ein Volumen von 12,4 Millionen € (Personalausgaben 85 % beziehungsweise 10,3 Millionen €, sächliche Verwaltungsausgaben 11 % beziehungsweise 1,4 Millionen €, Zuwendungen 3 %). Für die Vorbereitungen zum Tag der Deutschen Einheit habe man einen Ansatz von 150.000 € in Titelgruppe 61 eingestellt. Auf das ressortübergreifende Organisationswesen (Kapitel 05) entfalle ein Betrag von 1,8 Millionen €, über 600.000 € davon dienten der Ausfinanzierung von Maßnahmen des Jahres 2017. Wesentlicher Bestandteil des ressortübergreifenden Personalmanagements seien das Betriebliche Gesundheitsmanagement, die Nachwuchskräftestrategie des Landes, Maßnahmen zur Fortbildung von Führungskräften und Fortbildung im Zusammenhang mit dem Prozess der Digi-

talisierung, zu der die Landesregierung im ersten Quartal 2018 ein Konzept erarbeiten werde. Die Erhöhung der Anwärterzahlen ziehe Kostensteigerungen bei den Anwärterbezügen und der Erstattung an die Verwaltungsfachhochschule nach sich.

Staatssekretär Liebing, Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein beim Bund, der Kapitel 02 - Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund - erläutert, weist darauf hin, dass ein Teil der Referenten der Landesvertretung nicht im Haushalt der Landesvertretung geführt würden, sondern von den Ministerien abgeordnet seien. So handele es sich bei der B-2-Stelle (stellvertretende Dienststellenleitung) nicht um eine zusätzliche Stelle, sondern um die Verlagerung einer Stelle aus dem Ministerium an die Landesvertretung. Bei der Veranschlagung von Einnahmen aus Veranstaltungen lege die Landesvertretung, die nach dem Haushaltsrecht ein Betrieb gewerblicher Art sei, jetzt die Durchschnittswerte der Ist-Ergebnisse der vergangenen Jahre zugrunde; daraus erklärten sich auch die entsprechenden Ausgabesteigerungen.

Kapitel 03 01 - Ministerpräsident, Staatskanzlei

Abg. Raudies fragt, was das Raum- und Unterbringungskonzept für die Staatskanzlei gekostet habe und welche Ziel das Konzept verfolge (Titel 526 99).

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen erwidert Staatssekretär Schrödter, man werde das Thema Zukunftsentwicklungsstrategie des Landes bis zur Jahresmitte beenden. Man sei an der einen oder anderen Stelle auf externe Beratungsleistungen angewiesen und überlege im Rahmen der Digitalisierung zum Beispiel, wie man das Thema künstliche Intelligenz für das Land nutzbar machen könne.

Kapitel 03 02 - Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 422 01 - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - stellt Staatssekretär Liebing noch einmal klar, dass der

Stelleninhaber im Laufe des Jahres 2018 in den Kernbereich der Staatskanzlei wechsele und die Projektleitung für die Vorbereitung des Tages der Deutschen Einheit 2019 in Kiel übernehme. Im Saldo werde keine zusätzliche Stelle geschaffen.

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 428 01 - Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - antwortet er, eine E-6-Stelle sei für das Vorzimmer der Dienststellenleitung vorgesehen. Die zweite E-6-Stelle sei für Veranstaltungs- und Verwaltungsangelegenheiten vorgesehen und stehe in Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Bundesratspräsidentschaft ab November 2018.

Kapitel 03 05 - Ressortübergreifende Organisationsangelegenheiten und Ausbildung

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 535 04 - Digitalisierung - erläutert Herr Kraft, Leiter des Referats Zentrales Personalmanagement, ressortübergreifende Personalangelegenheiten in der Staatskanzlei, man werde für die unterschiedlichen Zielgruppen (Softwareentwickler, Anwender neuer IT-Verfahren, Führungskräfte und Gesamtheit der Mitarbeiterschaft) spezifische Fortbildungsangebote entwickeln, neue Lernmethoden anwenden sowie Informationsmaterialien und Wissensinhalte in digitaler Form bereitstellen.

Auf Nachfrage von Abg. Raudies stellt Staatssekretär Schrödter klar, dass die Fortbildungskosten für neue Fachverfahren auch in Zukunft grundsätzlich von dem jeweiligen Projekt finanziert würden. Die Landesregierung werde dem Finanzausschuss das Fortbildungskonzept zu gegebener Zeit vorstellen.

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 671 02 - Anteilige Erstattung für die Nutzung von Parkplätzen von Dataport durch die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung - antwortet Staatssekretär Schrödter, dass nicht geplant sei, die Studierenden an den Parkkosten zu beteiligen.

Zu den Kapiteln 12 03 und 16 03 sowie den Gesetzentwürfen [Drucksachen 19/360](#) und 19/361 werden keine Fragen gestellt.

(Unterbrechung von 12:00 bis 14:05 Uhr)

Einzelplan 04, Kapitel 12 04 und 16 04

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

[Umdruck 19/465](#)

Der Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Herr Grote, führt in den Einzelplan 04 ein (Anlage 2).

Kapitel 04 01 - Ministerium

Zur Titelgruppe 64 - Verfassungsschutz - fragt Abg. Dr. Dolgner, inwieweit die 10 zusätzlich vorgesehenen Planstellen beim Verfassungsschutz zur Beobachtung der sogenannten Reichsbürgerbewegung vorgesehen seien. - Frau Herbst, Staatssekretärin im Innenministerium, antwortet hierauf, es gebe zu diesem Zwecke keinen Stellenaufwuchs. Eine detaillierte Berichterstattung über die Personalausstattung des Verfassungsschutzes sei nur in nicht öffentlicher und vertraulicher Sitzung möglich.

Kapitel 04 05 - Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Auf Bitte der Abg. Raudies sichert das Innenministerium zu, zum Titel 883 63 - Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte - den Ausschuss darüber zu informieren, in welchem Jahr wie viele Fahrzeuge im Bereich des Katastrophenschutzes finanziert werden sollen.

Kapitel 04 07 - Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Zu Titel 684 04 - Stärkung der strukturellen Partizipation von Migrantinnen und Migranten fragt Abg. Raudies, ob der komplette Ansatz von 950.000 € in 2018 verausgabt werden wird. Sie bittet zudem die Landesregierung, die zugrundeliegenden Konzepte zur Verfügung zu stellen. - Der Staatssekretär im Innenministerium, Herr Geerds, antwortet, er gehe davon aus, dass der komplette Ansatz in Höhe von 950.000 € im Jahr 2018 benötigt werde. Der Bereich hänge inhaltlich mit dem in Vorbereitung befindlichen Entwurf eines Landesintegrationsgesetzes zusammen. Er konzediere, dass es diesbezüglich angesichts des Aufwuchses dieses Haushaltstitels eine gewisse Unsicherheit gebe. Grundsätzlich seien jedoch entspre-

chende Projekte, die mit diesem Haushaltstitel gefördert werden sollten, vorhanden. Er biete an, dass das Ministerium regelmäßig den Innen- und Rechtsausschuss über den Fortgang unterrichte.

Kapitel 04 10 - Polizei

Auf eine Frage des Abg. Andresen zur Titelgruppe 63 - Digitalfunk - antwortet Frau Krüger, Haushaltsbeauftragte des Innenministeriums, es werde in den Jahren 2019 bis 2021 jährliche Ausgaben von rund 16 Millionen € bei jährlich rund 8 Millionen € Einnahmen geben.

Zum Haushaltstitel 511 01 - Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände - fragt Abg. Dr. Dolgner nach dem Zeitplan der Ausstattung der Landespolizei mit digitalen mobilen Endgeräten zur mobilen Vorgangsbearbeitung. - Staatssekretär Geerds antwortet, dies solle in den Jahren 2018 bis 2022 geschehen. Er biete auch hierzu dem Innen- und Rechtsausschuss einen Bericht an. Es werde keine Eins-zu-eins-Umsetzung des niedersächsischen Modells sondern Anpassungen an die schleswig-holsteinischen Anforderungen geben. Daher sei eine Umsetzung über mehrere Jahre hinweg erforderlich.

Eine weitere Frage des Abg. Dr. Dolgner zur Schutzausrüstung der Polizei (Titel 812 01 - Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen) beantwortet Staatssekretär Geerds dahin gehend, es solle eine wirkliche Verbesserung des Schutzniveaus der Landespolizei erreicht werden. Da das Ministerium in diesem Bereich Handlungsbedarf sehe, werde es bereits 2018 zu entsprechenden Ausgaben kommen.

Zu den weiteren Kapiteln des Einzelplans 04, den Haushaltskapiteln 12 04 und 16 04 sowie zum Haushaltsgesetz und Haushaltsbegleitgesetz liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Rother, unterbricht die Sitzung um 14:35 Uhr.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung wieder um 16:05 Uhr. Die Ausschüsse setzen Ihre Haushaltsberatungen fort.

Einzelplan 15

Landesverfassungsgericht

Herr Dr. Flor, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts, stellt die Eckpunkte des Einzelplans 15, Landesverfassungsgericht, vor (Anlage 3). - Es werden keine Fragen aus den Ausschüssen zu dem Einzelplan gestellt.

Einzelplan 09, Kapitel 12 09 und 16 09

Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

[Umdruck 19/466](#)

Frau Dr. Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung, führt in den Einzelplan 09 ein (Anlage 4).

Kapitel 09 01 - Ministerium

Zu Titel 533 07 - Leistungen im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung - möchte Abg. Raudies im Zusammenhang mit der Beantwortung ihrer Frage zu diesem Titel (Seite 6 in [Umdruck 19/466](#)) wissen, ob die vorgesehene Intensivierung des Projektes nicht auch zu einer erhöhten Fallzahl führen werde und deshalb eine Erhöhung des Titels angezeigt wäre. - Herr Neuhausen, Leiter des Referats Haushalt, Finanzen, Bau im Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung, antwortet, auf der Grundlage des Beschlusses des Landtags sei seinerzeit ein Vertrag mit dem UKSH und dem UKE darüber abgeschlossen worden, dass diese die entsprechenden Leistungen bereithalten müssten, eine Einzelfallabrechnung sei dabei nicht vorgesehen. Das bedeute, dass eine Steigerung der Fallzahlen nicht unbedingt zu einem Niederschlag in den Kosten für das Projekt führen werde.

Eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 684 01 (MG 03) - Förderung von Beratungsangeboten nach dem ProstSchG - beantwortet Ministerin Dr. Sütterlin-Waack dahin gehend, dass die Fachberatungsstelle „cara*SH“ in Neumünster eingerichtet werde.

Abg. Raudies möchte weiter im Zusammenhang mit dem Titel 684 18 (MG 03) - Umsetzung des Wohnraumkonzepts zum Übergangswohnen - wissen, wie die Informationen über die bereitgestellten Unterstützungsmaßnahmen an betroffene Frauen gelangen sollten. - Ministerin Dr. Sütterlin Waack antwortet, die Informationen werden durch die Beraterinnen an den Regionalstellen vor Ort weitergegeben. Sie sammeln auch die Informationen zu den Wohnungsbaufragen in den Kommunen, die dann an die Frauenhäuser weitergegeben werden. Es sei geplant, vier Regionalstellen unterhalb der Koordinierungsstelle einzurichten.

Im Zusammenhang mit einer weiteren Frage von Abg. Raudies, die sich auf den Titel 893 01 (MG 03) - Investitionsförderung im Rahmen des Wohnraumkonzepts zum Übergangswohnen - bezieht, führt Ministerin Dr. Sütterlin-Waack aus, mit dem Titel solle es dem Träger des Konzepts, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, oder einem anderen Träger von Frauenhäusern ermöglicht werden, zum Beispiel Genossenschaftsanteile zu erwerben. Sie weist darauf hin, dass man sich mit dem gesamten Projekt noch in der Planung befinde und die Einzelheiten noch nicht feststünden. Wichtig sei, dass man schnell reagieren könne und entsprechende Mittel bereitstünden, um zum Beispiel neu zu bauen, Genossenschaftsanteile zu kaufen oder auch bestimmte Wohnungen freihalten zu können. - Auf Nachfrage von Abg. Raudies sagt das Ministerium zu, den Ausschüssen die Rückmeldungen auf die Abfrage des Bedarfs bei den Frauenhäusern im Land in schriftlicher Form zuzuleiten.

Kapitel 09 02 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Im Zusammenhang mit der Frage von Abg. Raudies zu Titel 681 03 - Entschädigungen, Ersatzleistungen und Abfindungen - nennt Ministerin Dr. Sütterlin-Waack die fünf großen Verfahren, aus denen potenzielle Amtshaftungsansprüche in dem Titel mit berücksichtigt worden seien. - Sie kündigt an, eine entsprechende Übersicht - gegebenenfalls in anonymisierter oder einer besonderen Geheimhaltungsstufe zugewiesenen Fassung - den Abgeordneten schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Zu den weiteren Kapiteln des Einzelplan 09, dem Haushaltsgesetz und dem Haushaltsbegleitgesetz liegen keine Wortmeldungen vor.

2. Sachstandsbericht der Staatskanzlei zur Aufarbeitung der Verwendung von Fördergeldern beim Verband Deutscher Sinti und Roma e. V. - Landesverband Schleswig-Holstein

vertraulicher [Umdruck 19/396](#)

Der Finanzausschuss berät diesen Punkt gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 2 GeschO nicht öffentlich und vertraulich von 10:30 bis 11:20 Uhr.

3. Verschiedenes

Der Finanzausschuss wird die Einzelplanberatungen am 17. und 18. Januar 2018 fortsetzen.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 16:50 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender des Finanzausschusses

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer